



Newsletter Nr. 12 vom 8. Dezember 2022

Inhalt

Vorwort

- 1 **Kein Bauwerk auf einem Friedhof!** - Der Status der Kriegsgräberstätte muss bewahrt werden! (von *Ekkehard Lentz und Dieter Winge*)
- 2 **Gewählte sollen auch abgewählt werden können** (von *Walter Ruffler*)
- 3 **Das Bremer "Bündnis für Wohnen" entpuppt sich eher als ein "Bündnis für teures Wohnen"** (von *Rodolfo Bohnenberger*)
- 4 **Ideen zum Krieg in der Ukraine.** Zwei schlechte und eine gute Bedingung für den Frieden in der Ukraine – die Betroffenen sollen entscheiden, nicht die Vorturner in den Regierungen (von *Walter Ruffler*)
- 5 **US-Generalstabschef Mark Milley sieht keine realistischen Erfolgchancen für die Ukraine, weshalb verhandelt werden müsse.** Regierungskritische Militäranalysten, u.a. Jacques Baud (Schweiz), Scott Ritter (USA) und Douglas McGregor (USA) prognostizieren das militärische Ende Kiews (von *Rodolfo Bohnenberger*)
- 6 **Sympathy for the Devil - Zeitenwende linker Politik** im Verhältnis zu USA, NATO, EU, Russland, China und den Schwellenländern (von *Manfred Englisch*)
- 7 **Oskar Lafontaine's neuestes Buch „Ami, it's time to go...“**
- 8 **Zusammenfassung des Webinars von „frieden-links“** am 16.11.2022
- 9 **Filmveranstaltung zu Julian Assange "Ithaka"** im Cinema am 6. Dezember mit Niels Ladefoged und Craig.
- 10 **Termine**
- 11 **Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen**
- 12 **Spendenaufruf**

Vorwort

**Wir frieren nicht für eure Politik!
Sanktionen aufheben!**

www.aufstehen-bremen.org

Nach einer längeren Unterbrechung organisiert #aufstehen Bremen zusammen mit weiteren Bündnispartnern wie dem Bremer Friedensforum wieder eine Veranstaltung, diesmal am Donnerstag 26. Januar 2023 (19:00 bis 21:00) im [Gröpelinger Nachbarschaftshaus Helene Kaisen](#).

Das Thema ist aktueller denn je: **Der Wirtschaftskrieg gegen Russland und China – Bumerang für unsere Wirtschaft?** Wir haben dafür zwei spannende Referenten gewinnen können:

Karl Krökel (Dipl.-Ing. Kreishandwerksmeister) von der Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau. Hier ein Video seiner deutschlandweit bekannt gewordenen [Rede in Dessau am 28. August 2022](#). Die [„Handwerker für den Frieden“ demonstrierten mit über 2.000 Menschen in Dessau gegen die Russland-Sanktionen](#).

Wolfram Elsner (Ökonom und emer. Prof. der Universität Bremen). Hier ein [Video eines kurzen Interviews zur preistreibenden Energiepolitik der Bundesregierung](#) (Details zu Moderation und Programm folgen noch)

1. Kein Bauwerk auf einem Friedhof! - Der Status der Kriegsgräberstätte muss bewahrt werden! (von Ekkehard Lenz und Dieter Winge, Kurzfassung - [ausführlich als pdf - LINK](#))



Nach menschlichem Ermessen wurden bis heute nicht alle Leichname des sogenannten „Russenfriedhofs“ aufgefunden. Vermutlich über 300 Leichname liegen weiterhin in der Erde an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen. Die Überbauung dieser Fläche mit einer Bahnwerkstatt ist vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig.

Nachdem die Exhumierung 1948 nur in Teilen umgesetzt wurde, der Senat den klaren Hinweisen von Harry Winkel und anderen Aktivisten 1992 nicht ernsthaft nachgegangen

ist, darf die Untersuchung im Jahr 2022 nicht vorzeitig und in wesentlichen Teilen wieder unvollständig bleiben. Die Frage steht weiterhin unbeantwortet im Raume: Wo sind die 300 vermissten Leichen der NS-Opfer?

Anlass der aufwendigen Grabungen 2021/22 war die Suche nach den über 300 vermissten Leichnamen, die auf dem sogenannten „Russenfriedhof“ bestattet, jedoch nie zum Osterholzer Friedhof umgebettet wurden. Diese Suche ist nicht abgeschlossen. Es gibt keine andere plausible Erklärung, wo die sterblichen Überreste abgeblieben sind, außer der naheliegenden: Sie sind immer noch an der Reitbrake. Nur eben nicht dort, wo die Landesarchäologie bislang gesucht hat.

Der Archäologe Reinhard Bernbeck hat 2017 die Aussage getroffen, dass „wer Spuren findet und absichtlich verwischt, betreibt Verheimlichung und aktive Komplizenschaft mit denen, die für die Spuren verantwortlich sind: Die Nazi-Täter“. So zitierte Prof. Uta Halle den renommierten Archäologen in ihrem Bericht zu den Grabungen am Gröpelinger Schützenhof.

Wir bitten Sie, unseren offenen Brief sehr aufmerksam und sehr gerne kritisch zu lesen und zu verstehen. Wir wissen, die Materie ist komplex und unsere Ausführungen sind langatmig und sehr detailliert. Die maßgeblichen Sachverhalte lassen sich leider nicht als Twitter-Kurztext komprimieren

2. Gewählte sollen auch abgewählt werden können (von Walter Ruffler)



"Gewählte sollten auch abgewählt werden können" - sehr richtig. Aber nicht nur Bürgermeister sollten per Volksentscheid abgewählt werden können, sondern auch der Bundeskanzler, der aufgrund seiner Position erheblich mehr Unheil anrichten kann als ein Bürgermeister: Diese Abwahl-Möglichkeit sollte man auf Bundesebene ebenfalls einführen.

Bedenkt man, dass bei der letzten Bundestagswahl nur 76% ihre Stimme abgegeben haben, davon rund 10% bewusst an kleine Parteien, die keine Chance hatten, in den Bundestag zu kommen, so sind derzeit im

Bundestag nur 66% aller Wahlberechtigten repräsentiert (obgleich das Parlament aufgrund von Überhang- und Ausgleichsmandaten fast 140 Abgeordnete mehr hat als regulär vorgesehen).

Von den 736 Abgeordneten des Bundestages entfallen 416 Sitze auf die derzeitige Koalition, das sind 56% bezogen auf die Gesamtzahl der Abgeordneten, aber nur 36,96% bezogen auf die Gesamtzahl der

Wahlberechtigten. So gesehen haben wir eine Minderheitenregierung, die lediglich ein gutes Drittel der Wahlberechtigten repräsentiert. Das stellt nicht ihre Legalität in Frage, denn die Gesetze sehen keinerlei Quorum für das Zustandekommen einer legalen Regierung vor.

Aber gemessen an dem Anspruch, dass Demokratie gern mit "Volksherrschaft" übersetzt wird, könnte dieser Sachverhalt zu denken geben. Zumal diese Regierung derzeit einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führt, der ursächlich für die derzeitige Geldentwertung von über 10% ist, was die private Altersvorsorge vieler Bürger mit geringem Einkommen weitgehend ruinieren wird. Darf eine Regierung eine derartige desaströse Politik betreiben, wenn nur knapp 37% der Wahlberechtigten hinter ihr stehen? Sollte sie nicht mit dem gleichen Prozentsatz auch abgewählt werden können? Ich finde ja. Das würde eine Menge Verdruss in der Bevölkerung vermeiden. Ich würde mich freuen, wenn "Mehr Demokratie e.V." sich für das Recht auf eine Abwahl des Bundeskanzlers durch Volksentscheid einsetzen würde. Allein das Thema würde die politische Debatte ungemein befruchten.

3. Das Bremer "Bündnis für Wohnen" entpuppt sich eher als ein "Bündnis für teures Wohnen" (von Rodolfo Bohnenberger)



Investoren bauen Luxuswohnungen!?
Bezahlbare Wohnungen gibt's nur ohne profitorientierte Investoren: auf kommunalem Grund und Boden nach Erbbaurecht & langfristiger Pacht kommunal oder genossenschaftlich gemeinnützig und demokratisch in Gesellschaften öffentlichen Rechts

Das Bremer "Bündnis für Wohnen" entpuppt sich eher als ein "Bündnis für teures Wohnen". Dort trifft sich die Landesregierung mit den Vertretern der Bremer Bau-, Immobilien- und Wohnungswirtschaft; andere Initiativen dürfen als Feigenblätter mit am Tisch sitzen. Das "Bündnis für teures Wohnen" setzt sei eh und je auf Mehrung der Profite der Wohnungswirtschaft, bei gleichzeitigem systematischem Abbau der Sozialwohnungen; von ca. 80.000 (1991) auf aktuell nur noch 7442 (2021) in Bremen, weniger noch als 2020. Wesentliche Ziele, im Koalitionsvertrag von SPD, B90 Die Grünen und DIE LINKE formuliert, sind - wie zu erwarten - geplatzt.

Seit Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit durch die CDU/FDP-Bundesregierung vor über 30 Jahren führt der geförderte, gemeinnützige Wohnungsbau nur noch ein Schattendasein und immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der viel zu kurzen Bindung. Da kann niemals "gegen angebaut" werden und bei den jetzigen Zinsen ist erst recht zappenduster. All das wissen die Regierungspolitiker in Bremen, verschleiern aber regelmäßig die Ursachen.

Das Ergebnis der Politik der Bremer Landesregierung seit Jahrzehnten, egal in welcher Zusammensetzung, ist Abverkauf (und Querfinanzierung des Haushalts damit) von kommunalem Grund und Boden an Investoren mit Orientierung an der Maximalrendite. Diese Investoren sind keine Wohlfahrtsorganisationen, sondern bauen - von unwesentlichen staatlich subventionierten Ausnahmen abgesehen - hochpreisige Wohnungen und verkaufen bzw. vermieten so teuer wie möglich und treiben damit Verdrängungsprozesse einkommensärmerer Menschen aus den innerstädtischen Quartieren voran (Gentrifizierung). Die Zahl der Wohnungslosen und Obdachlosen wird damit erhöht, nicht gesenkt. In dieser [Analyse von #aufstehen bremen von 2019 ist das ausführlich dargelegt](#).

In 2022-2024 wird es aber erst so richtig schlimm, selbst [die Wirtschaftswoche](#) ist da ehrlicher als Bürgermeister Bovenschulte, Bausenatorin Schäfer und [Wirtschaftssenatorin Vogt in ihrer Presseerklärung vom 8. November 2022](#)

"Die Mieten steigen, die Nebenkosten explodieren und der Traum von den eigenen vier Wänden fällt flach. ... [Es zeichnet sich] "neben der Energiekrise immer deutlicher eine Wohnkrise ab. Der Plan der Regierung, jedes Jahr 400.000 neue Wohnungen zu schaffen, gilt trotz aller konzertierten Aktionen als illusorisch. Die Baukosten sind schlicht zu hoch. Derweil steigen die Mieten weiter, die

Nebenkosten explodieren, und der Traum von den eigenen vier Wänden fällt spätestens seit dieser Woche als Exitstrategie auch flach. Die Immobilienzinsen klettern auf vier Prozent, was Wohneigentum ohne Erbschaft oder viel Eigenkapital unerschwinglich macht. Den Deutschen droht das Schicksal eines einig Volk von frustrierten Mietern. Und das dürfte der Politik gehörig einheizen. Ein paar Tausend Euro Wohneigentumsförderung helfen da nicht mehr. "

Der Krieg in der Ukraine bzw. die Russische Föderation, wie die Bremer Landesregierung in ihrer Pressemitteilung zu suggerieren versucht, ist ganz bestimmt nicht dafür verantwortlich; damit lenkt das Parteienkartell im beginnenden Bürgerschaftswahlkampf vom eigenen Versagen ab. Die Energiepreisexplosion ist das Ergebnis einer US-hörigen, sinnlosen und absurden Sanktionspolitik, die am Kriegsgeschehen rein gar nichts ändert, dafür aber als Bumerang zu einem Wirtschaftskrieg gegen die eigene Bevölkerung geworden ist. Bundes- und Landesregierungen brechen ihren Amtseid, in dem sie sich selbst verpflichtet haben, zum Wohle des deutschen Volkes, bzw. der Bremer Bürger zu handeln.

Was wir brauchen, um bezahlbare Wohnungen, bezahlbare Energie für Durchschnittsbürger und Unternehmen in Bremen in ausreichendem Umfang zu gewährleisten, ist ganz bestimmt nicht dieses herrschende Parteienkartell, das immer offensichtlicher "America first"-Interessen vertritt.

Was wir brauchen:

- Kommunaler Boden sollte kommunal bleiben und nur in langfristiger Erbpacht vergeben werden und nur an kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbauprojekte
- Die Aktiengesellschaft GEWOBA sollte voll rekommunalisiert werden und mit der BREBAU (GmbH) und STÄWOG (GmbH in Bremerhaven) in Gesellschaften Öffentlichen Rechts überführt werden. Zusammen verfügen sie über ca. 25% des bremischen Mietwohnungsbestandes und könnten in kommunaler Hand ohne Renditedruck wirklich für „einen relevanten Anteil an Wohnungen im sehr preisgünstigen Segment“ sorgen (S. 30 Koalitionsvertrag).
- Diplomatie statt Waffenlieferungen - Friedensverhandlungen. Sofortige Beendigung des Wirtschaftskrieges, Aufhebung aller Sanktionen.
- Verhandlungen mit der Russischen Föderation über die Wiederaufnahme der preisgünstigen Rohstofflieferungen, auf denen unser Wohlstand aufbaut! Es gibt dazu keine Alternative, das umweltschädliche und teure Frackinggas ist nur zu horrenden Preisen zu bekommen und reicht eh nicht.

Zum Ukrainekrieg und zu geopolitischen Entwicklungen



4. Ideen zum Krieg in der Ukraine. Zwei schlechte und eine gute Bedingung für den Frieden in der Ukraine – die Betroffenen sollen entscheiden, nicht die Vorturner in den Regierungen (von Walter Ruffler)

I. Frieden in der Ukraine ist möglich,

I.1. wenn eine Seite „verloren“ hat, bzw. es für sie nicht mehr opportun ist, die Kämpfe fortzusetzen:

- weil die Verluste an Menschen und Material und der finanzielle Aufwand nicht mehr in einem als angemessen empfundenen Verhältnis zum angestrebten Ziel stehen.
- weil die Akzeptanz des Krieges in der eigenen Bevölkerung dermaßen geschwunden ist, was sich durch aktive Maßnahmen gegen den Krieg artikuliert. „Kriegsmüdigkeit“, Streiks, Meutereien von Teilen der Armee usw. wie 1917 im zaristischen Russland und 1918 im kaiserlichen Deutschland oder in der Endphase des amerikanisch geführten Vietnamkriegs.
- durch Revolte von Teilen der herrschenden Klasse gegen die kriegführende Fraktion. Wie die Absetzung von Mussolini 1943 durch den Großrat der italienischen Faschisten, um Frieden mit den Alliierten schließen zu können, auch das Attentat auf Hitler am 20.07.1944.

I.2. bei einer militärischen, wirtschaftlichen und politischen Patt-Situation, wenn beide Seiten gleichermaßen „ausgeblutet“ sind, d.h. Kriegsmüdigkeit und Demoralisierung von Armee und Bevölkerung auf beiden Seiten.

I.3. bei einer überzeugenden „Kompromisslösung“, die von beiden Seiten als akzeptables Ergebnis des Krieges dargestellt werden kann und damit Zustimmung bei der eigenen Bevölkerung findet, obwohl es sich nicht um den angestrebten „Sieg“ handelt.

Derzeit ist eine Kompromisslösung im Ukrainekrieg schwer zu definieren. Wenn Selenskyi einen Großteil der russischen Eroberungen in der Ukraine akzeptieren würde, wären seine Tage als Präsident gezählt, gleiches würde Putin blühen, wenn er die eroberten Gebiete inklusive Krim kampflos aufgeben würde. Insofern ist es plausibel, wenn westliche Politiker eine Fortsetzung des Krieges für unumgänglich halten, bis eine Seite (die russische) nicht mehr kann oder beide Seiten am Ende sind.

Offensichtlich haben sowohl Biden als auch Putin hoch gepokert und sind bereit, den Krieg mit hohem Einsatz weiter zu betreiben trotz aller menschlichen und materiellen Verluste. Dabei ist Biden in der komfortablen Position, mit der ukrainischen Armee und den nationalistischen Freiwilligenverbänden über eine riesige Söldnerarmee zu verfügen und sich so nicht für Verluste von amerikanischem Leben vor der eigenen Bevölkerung rechtfertigen zu müssen. Anders bei Putin. Zudem scheint das vom Westen gelieferte Kriegsmaterial dem russischen qualitativ überlegen zu sein, und offenbar sind die von amerikanischen Beratern und einer brillanten Aufklärung unterstützten ukrainischen Truppen in der Lage, die schlecht geführten russischen Truppen auszumäntern und ihnen empfindliche Verluste beizubringen. Ebenso komfortabel für Biden sind die vom Westen gegen Russland verhängten Sanktionen, die der konkurrierenden europäischen Wirtschaft schaden und der US-Wirtschaft neue Gewinnmöglichkeiten eröffnen, z.B. durch Lieferung von Fracking-Gas.

In dieser Gemengelage sollte den EU-Europäern eine Lösung des Konflikts am Herzen liegen, die ein Ende des Krieges wie der Sanktionen ermöglicht. Diese Lösung müsste den ukrainischen wie den russischen Eliten und den Bevölkerungen beider Länder akzeptabel erscheinen in Abwägung mit den bereits erlittenen Verlusten und der Perspektive eines lang andauernden Krieges mit für beide Seiten unsicherem Ausgang.

Eine für beide Kriegsparteien gesichtswahrende Kompromisslösung des Konflikts hat der Weser-Kurier-Journalist Joerg Helge Wagner in seinem Artikel „Einheit um jeden Preis?“ am 04.03.2014 vorgeschlagen: international überwachte Volksabstimmungen in den umstrittenen Regionen um ihre zukünftige staatliche Verfasstheit: Nicht Putin oder Selenskyi entscheiden, sondern die betroffene Bevölkerung. So wäre eine Gesichtswahrung beider Kontrahenten möglich, sie kämen mit einem „blauen Auge“ davon.

Geregelt werden müssten die zur Abstimmung stehenden Fragen, die Art des „Wahlkampfes“ vor der Abstimmung, die Gewährleistung eines fairen Verfahrens durch die internationale Überwachung sowie eine Versicherung aller Konfliktparteien, das Votum der Bevölkerung anzuerkennen.

Parallel zur Vereinbarung der Referenden sollten alle Sanktionen gegen Russland enden.

Mit der Einigung auf die Durchführung von Volksabstimmungen tritt ein Waffenstillstand in Kraft. Nach der Umsetzung des in den Referenden manifestierten Volkswillens ziehen sich die ukrainischen Truppen aus den Gebieten zurück, die sich von der Ukraine trennen wollen und die russischen Truppen ziehen sich aus den besetzten Gebieten zurück, die weiter zur Ukraine gehören wollen. Danach wird ein Friedensabkommen geschlossen.

II. Mögliche Abstimmungsalternativen bei Referenden:

- A) Die Region verbleibt beim ukrainischen Zentralstaat.
- B) Die Region bleibt Teil der Ukraine, erhält aber einen Autonomiestatus mit Regionalparlament und Regionalregierung (etwa wie in Südtirol, wodurch der gewalttätige Südtiroler Separatismus überwunden werden konnte).
- C) Die Region trennt sich von der Ukraine und erhält eine eigene Staatlichkeit (wie die Staaten der zerfallenen UdSSR, die Nachfolgestaaten Jugoslawiens oder die Tschechische Republik und Slowakei als friedliche Zerfallsprodukte der Tschechoslowakei).

III. Der Stellenwert des Referendum-Vorschlags für die Friedensargumentation

Vermutlich werden weder Selenskyi noch Putin beim gegenwärtigen Stand der Dinge international überwachte Referenden über die staatliche Verfasstheit der umstrittenen / russisch besetzten Gebiete in der Ukraine akzeptieren. Aber die Friedensbewegung könnte diese basisdemokratische Lösung in ihrer Öffentlichkeitsarbeit propagieren und deutsche Politiker mit dieser unblutigen Form der Konfliktlösung konfrontieren und deutlich machen, dass es Alternativen zur Lieferung „schwerer Waffen“ und immer neuer Sanktionspakete gibt.

5. US-Generalstabschef Mark Milley sieht keine realistischen Erfolgchancen für die Ukraine, weshalb Friedensverhandlungen jetzt notwendig wären. Regierungskritische Militäranalysten, u.a. Jacques Baud (Schweiz), Scott Ritter (USA) und Douglas McGregor (USA) prognostizieren in diesem blutigen Krieg das bittere militärische Ende Kiews bis ca. Mitte nächsten Jahres. - Eine nüchterne Analyse angesichts eines fürchterlichen Krieges, der durch die aktive Beteiligung der Bundesrepublik mit weiteren Opfern zur verlängert wird. (von Rodolfo Bohnenberger)

Mitte November 2022 äußerte sich erneut der Oberst der Schweizer Armee [Jacques Baud in einem längeren Interview](#) (1). Baud war für den Schweizerischen Strategischen Nachrichtendienst tätig und arbeitete u.a. auch für die NATO in der Ukraine. Seine Kernaussagen sind:

- Die russische Operationsführung ist äußerst effizient. Putins Popularität liegt bei 79 Prozent.
- Es gibt keine Hinweise darauf, dass Russland den Einsatz von Atomwaffen vorbereitet.
- Die Ukraine hat ein Problem mit rechtsextremem Gewalt.
- Dieser Krieg kann nicht ohne eine ukrainische Niederlage beendet werden.
- Heute, da unsere Wirtschaft zusammenbricht, beginnen Politiker langsam einen Rückzieher zu machen, gegen unsere Medien, die weiterhin in Richtung Unnachgiebigkeit drängen.

Kürzlich [„verplapperte“ sich Ursula von der Leyen](#) – man mag darüber spekulieren, ob das wirklich aus Versehen war - und enthüllte, dass ca. 100.000 ukrainische Soldaten ums Leben gekommen sind.

Schätzungen von mehreren unabhängigen US-Militärexperten weisen darauf hin, dass das Verhältnis der Verluste zwischen Ukrainern und Russen ca. 15 zu 1 betragen könnte. Den 100.000 getöteten

ukrainischen Soldaten plus hunderttausenden Verwundeten stünden demnach russische Verluste unter 10.000 und entsprechend weniger Verwundete gegenüber. Mit der Teilmobilisierung von ca. 320.000 Reservisten ergänzt um ca. 80.000 in Freiwilligen-Verbänden hätte die gut ausgebildete und bestens ausgerüstete russische Streitmacht bis zu 700.000 Mann zur Verfügung. Diese würden gerade an der Front eingegliedert. In der strategisch wichtigen Region um Bakhmut (Donezk) gäbe es erste wichtige Erfolge, die über den Winter noch weiter ausgebaut würden. In der Gesamtschau ist die Russische Armee, trotz einiger Gegenoffensiven der Ukrainischen Armee (Pyrrhussiege), deutlich am Gewinn.



Nach [Scott Ritter \(ehem. US-Marine und Waffeninspektor der Vereinten Nationen\)](#) muss das Ukrainische Militär aktuell an den langen Kriegsfrenten ca. 1000 tote Soldaten täglich verkräften plus tausende Schwerverwundete, zusätzlich zu dem Fast-Zusammenbruch der Energieversorgung und massiven Einschränkungen der Bahninfrastruktur. Das sei unmöglich durchzuhalten. Demgegenüber hätte Russland einen perfekt koordinierten militärisch-industriellen Apparat, eine überwältigende Luft- und Artillerieüberlegenheit und unmittelbar bis an die Front führende sichere TransportLogistik Russlands Wirtschaft und seine internationalen

Handelsbeziehungen hätten sich stabilisiert und verfügten über ausreichend Ressourcen für einen langen Krieg.

Die jetzige ukrainische Regierung sei 2014 über den US-finanzierten Maidan-Putsch des Rechten Sektors illegal an die Macht gekommen. Sie würde am Ende aufhören zu existieren und werde bedeutende Teile des Territoriums abgeben müssen. Teile der polnischen Elite würden die Einverleibung der ehemals polnischen westukrainischen Gebiete vorantreiben. Zusammen mit dem schwelenden Konflikt um Transnistrien (von Russen bewohntes Gebiet zwischen Moldawien und der Süd-Ukraine) würde hier ein sehr gefährliches Eskalationsrisiko mit der NATO liegen.

Eine Rest-Ukraine, wahrscheinlich ohne Meereszugang, bliebe als ein neutrales Land übrig. Die vertragswidrige NATO-Osterweiterung sei an der von der Russischen Föderation immer wieder betonten „roten Linie“ (Georgien und Ukraine) gestoppt worden. Für „den Westen“, der mit seinen Waffen- und Munitionslieferungen nun an seine Liefergrenzen käme, sähe die Lage nicht rosig aus. Neben der massiven Belastung, dass Westeuropa nun Zufluchtsort für Millionen Ukrainerinnen geworden sei, würde insbesondere Deutschland als Folge der sinnlosen Bumerang-Sanktionen seine eigene Deindustrialisierung betreiben, auf Kosten der eigenen Wettbewerbsfähigkeit das preisgünstige russische Pipeline-Gas und -Öl verschmähen, kommentarlos eigene Pipelines durch NATO-Partner sprengen lassen und - dümmere ginge es nicht - auch noch [„Waffen an Nazis verschenken“](#).

Doch hohe US-Beamte wie Victoria Nuland aus dem Beraterstab Bidens würden sich weiterhin weigern, den Konflikt einer friedlichen Lösung zuzuführen. [Douglas McGregor \(US-Offizier\) kritisiert in The Greyone](#), dass US-Präsident Joe Biden, US-Außenminister Anthony Blinken und andere US-Regierungsvertreter einer Massenverwirrung über den angeblichen "Sieg" der Ukraine erlegen seien. McGregor stellt fest: *"[Die ukrainischen Streitkräfte] werden nicht gewinnen..." "Sie verloren mehr als 100.000 Tote und haben hunderttausende Verwundete. Eine große Menge an Ausrüstung ging verloren, wurde zerstört oder gestohlen. Ihre letzten Kräfte gehen zur Neige. Sie haben nichts zu bieten. Sie warten auf einen vernichtenden Schlag, der sie zerschlagen wird."* Er vertrat auch die Ansicht, dass Russland *"nicht eingeschüchtert werden kann"* und stellt fest, dass US-Generalstabschef Mark Milley, der zum Frieden aufgerufen hatte, damit unter den Entscheidungsträgern in den USA, die den Realitäten nicht ins Auge sehen wollen, leider allein stehe.

Jacques Baud weiter in dem Interview: *„Die zweite Lehre ist, dass wir diesen Konflikt nicht verstehen können, weil wir nicht verstehen wollen, was die Russen tun. Seit Februar versuchen unsere Medien, uns davon zu überzeugen, dass Russland den Krieg verloren hat, dass ihm die Luft ausgeht, dass es enorme Verluste anhäuft, dass es keine Raketen mehr hat und dass Wladimir Putin schwer krank ist.“*⁹ Die Ironie ist, dass der Westen beispielsweise so sehr davon sprach, dass Russland keine Luftwaffe

und keine Raketen mehr habe, dass er der Ukraine keine Luftabwehrmittel gab und sich auf offensives Material konzentrierte (um die berühmten «Gegenoffensiven» zu führen).

Das Ergebnis war, dass die Ukraine im Oktober/November völlig machtlos war, sich gegen die russischen Raketenwellen zu wehren. Unsere Medien tragen daher eine erdrückende Verantwortung für die Unzulänglichkeit unserer Hilfe für die Ukraine, die auch diplomatischer Natur sein sollte. Seit Februar wird künstlich die Vorstellung aufrechterhalten, die Ukraine befinde sich in einer Siegesdynamik, und daher sei jetzt nicht die Zeit für Verhandlungen. Dies hatten Boris Johnson im August und Ursula von der Leyen im September gesagt. Diese Sichtweise resultiert aus der Tatsache, dass unsere Medien lediglich die ukrainische Propaganda wiedergeben. Sie haben beschlossen, dass nur die Ukraine die Wahrheit sagt, obwohl bekannt ist, dass in jedem Konflikt beide Seiten ein unterschiedliches Bild von der Situation haben. Wir sehen also nur eine Seite des Konflikts“

Zum Abschluss nochmal Jacques Baud: „Es ist übrigens interessant zu sehen, dass niemand den Konflikt in Frage stellte, solange wir nicht betroffen waren. Heute, da unsere Wirtschaft zusammenbricht und wir spüren, dass unser Geldbeutel betroffen ist, beginnen unsere Politiker langsam einen Rückzieher zu machen, gegen unsere Medien, die weiterhin in Richtung Unnachgiebigkeit drängen. Man muss nur die Kommentare in der Sendung Geopolitis und in meinem kürzlich von Sud Radio ausgestrahlten Interview vergleichen, um festzustellen, dass die Öffentlichkeit sich nicht irrt. Unserer Bevölkerung geht es nicht darum, Russland oder die Ukraine zu verurteilen, wie es unsere Politiker und Medien tun, sondern um eine Lösung für einen Konflikt, den sie auf Kosten des Lebens der Ukrainer instrumentalisiert haben. Ich erinnere daran, dass Selenskij sich auf Druck der Westler und ihrer Medien von den Verhandlungen zurückgezogen hat, die er selbst Ende Februar und Ende März 2022 gefordert hatte. Die europäische Öffentlichkeit hat die Situation sehr gut verstanden: Es sind unsere sogenannten Eliten, die sich weigern, das kriegerische Narrativ, das sie seit 2014 entwickelt haben, in Frage zu stellen.“

(1) https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-21-vom-30-november-2022.html#article_1437

6. Sympathy for the Devil - Zeitenwende linker Politik im Verhältnis zu USA, NATO, EU, Russland, China und den Schwellenländern * (von Manfred Englisch, 22.11.2022)



Vorausgeschickt sei, dass dies eine Debatte ist, aus der sich politische Grundlagen für eine Neu- und Umgruppierung der Linken in Deutschland und Europa entwickeln können. Kurz gesagt, sie ist wichtig und sie muss geführt werden. Ausgangspunkt ist die Bewertung des Krieges in und um die Ukraine; damit zusammenhängend die Einschätzung der beteiligten Konfliktparteien, also Russlands und der USA sowie ihrer jeweiligen Alliierten und Partner. Es geht aber auch um die große Gruppe der „Beobachter“ unter den Staaten, die sich bei Abstimmungen der UN über den Ukrainekrieg einer Parteinahme enthalten. Die vielbeschworene Zeitenwende ist eine Probe auf eine sturmefeste sozialistische Linke.

Quo vadis?

Die Linke als Konfliktpartei

Muss die deutsche Linke echt eine Seite wählen, wie es Christoph Spehr in der Überschrift seines Beitrags nahelegt, also Konfliktpartei werden? Oder ist das eine Wahl zwischen Satan und Luzifer? Im Detail: Für oder gegen Wirtschaftssanktionen? Für zivilen Freihandel oder einen neuen Kalten Krieg? Für eine völkerrechtliche Gleichberechtigung aller Regionen und Staaten und gegen die Ausübung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht in internationalen Beziehungen? Oder für Handelsembargos ohne UN-Mandat nach den Regeln von USA und NATO-Staaten? Soll die Linke

Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen Russland, China, Iran, Belarus, Nordkorea, Myanmar, Syrien, Venezuela, Nicaragua und Kuba unterstützen? Wie steht es um die linke Haltung zu Waffenexporten in Kriegs- und Spannungsgebiete? Wie zur Aufrüstung der Bundeswehr?

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen

Wenn es „nur“ um das Selbstbestimmungsrecht der Völker gemäß UN-Charta ginge, wäre die Sachlage klar: Russland verletzt die Souveränität und staatliche Integrität der Ukraine; somit hat diese auch das Recht zur Selbstverteidigung gegen den Aggressor. Andererseits gewährt die ukrainische Regierung in Kiew der russischen Bevölkerungsmehrheit im Südosten des Landes seit 2014 weder kulturelle Autonomie noch föderale Selbstverwaltung gemäß Minsk I/II oder gar das Recht auf Abtrennung, das aus nationaler Selbstbestimmung folgt. Beim Zerfall von Jugoslawien hat der Westen dieses Recht zur Separation neuer Kleinstaaten vehement gefördert und sogar einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Serbien geführt, um den Kosovo abzutrennen. Die Moral grüner Außenpolitik erscheint daher heute mehr als fadenscheinig. Sie ist heuchlerisch.

Die USA als imperialistisches Zentrum

Aber darüber hinaus wird in den Texten von Krämer und Spehr die linke Gretchenfrage gestellt nach dem globalen Zentrum des kapitalistischen Imperialismus und mit eindeutiger Fraktur beantwortet. Nach meiner Beurteilung ist dieses Auseinanderdriften in der Einschätzung der Weltwidersprüche nicht mehr zu versöhnen: Sympathy for the Devil?

Während Krämer weiterhin in den USA das „dominierende Zentrum“ (Krämer, S. 2) des globalen Kapitalismus ausmacht, dem sich „die anderen entwickelten westlich-kapitalistischen Staaten“ unterordnen (NATO, EU, Schweiz, Israel, Japan, Südkorea Taiwan, Singapur, Australien, Neuseeland), ist Spehr davon überzeugt, dass „eine multipolare Weltordnung mit einer [kapitalistischen] Weltökonomie entstanden“ (Spehr, S. 5) sei. In seiner Weltsicht haben „viele der neuen Nationalstaaten oder erstarkten Schwellenländer ihre eigenen Imperialismen entwickelt.“ (Spehr, S.6) Somit sind nach Spehr die Widersprüche und Konflikte zwischen kapitalistischen Zentren und den Länder der Peripherie kein fortschrittlicher Bezugspunkt mehr für den Internationalismus der Linken, zumal der alte Systemwiderspruch zwischen kapitalistischer und staatssozialistischer Wirtschaftsordnung nicht mehr existiere. Im gewissen Sinn gleicht diese Einschätzung jener der MLPD, die programmatisch eine Vielzahl von Alt- und Neu-imperialistischen Staaten, inkl. Russland und China, in der Welt feststellt.

Die multipolare Weltordnung des Multi-Imperialismus

Aber Spehr geht weit darüber hinaus: Im Grunde will er beweisen, dass es keine aggressive, militärisch übermächtige Weltherrschaft der Supermacht USA mehr gibt. „Der Anteil der USA am nominalen weltweiten Bruttosozialprodukt ist zwischen 1960 und heute von 40 Prozent auf 24 Prozent gefallen.“ (Spehr, S. 4) Der „Weißwäscher“ will weder die Größe des US-Militärhaushalts noch die Zahl der US-Militärstützpunkte in aller Welt kennen. Auch das Kernelement des Imperialismus, die Unterwerfung des Staates durch das nationale Großkapital ließe sich nach seiner Sichtweise nicht mehr behaupten, weil die Transnationalen Konzerne (TNCs) sich nicht mehr als nationale Kapitale mit einem Mutterland als Homebase definierten, sondern als multikulturelle Weltfirmen mit Standorten auf allen Kontinenten agierten. Das erinnert an den friedlichen „Ultraimperialismus“ aus der Feder Karl Kautzkys. Aus meiner Sicht ist das angeschlagene US-Imperium im Niedergang eher noch gefährlicher als auf dem Gipfel seiner Macht. Man sollte sich nicht durch das Erscheinungsbild des greisen Präsidenten Biden täuschen lassen, zumal dessen Wiederwahl mehr als fraglich erscheint und der nächste Präsident ein republikanischer Hardliner sein könnte.

Die neue Weltordnung und das informelle Programm des „historischen Blocks“

Während Ralf Krämer in seinem Aufsatz die innerlinken Kontroversen zur „Zeitenwende“ nur anreißt und sich dabei auf das Erfurter Parteiprogramm beruft, an dem er mitgeschrieben hat, zielt das 14-seitige Papier von Christoph Spehr tatsächlich auf eine substantielle Programmrevision mit der

Verortung neuer „objektiv progressiver Tendenzen“ und „tendenziell progressiver Akteure“ im globalen Kapitalismus (Spehr, S. 2).

Leider entwickeln weder Krämer noch Spehr eine plausible Rückschau auf die Entwicklung der globalen kapitalistischen Machtzentren und des peripheren Widerstandes in und nach der Epoche der Dekolonialisierung. Imperialismus war immer mit dem Kolonialismus der alten europäischen Industrieländer in Afrika, Asien und Süd-/ Mittelamerika verbunden. Die USA vertrieben zusammen mit den nationalen Eliten die Spanier aus ihren amerikanischen Kolonien (auch den Philippinen in Asien), um ökonomisch und geopolitisch deren Platz einzunehmen. Mit Briten und Franzosen arrangierten sie sich, auch infolge ihrer Bündnispolitik in den Weltkriegen. Daher blieben die europäischen Kolonialmächte in Afrika und Asien weiterhin präsent. Daneben entwickelte Japan als industrieller Aufsteigerstaat Hegemonie im pazifischen Raum und forderte im 2. Weltkrieg die alten Großmächte, vor allem die USA, militärisch heraus. Nach dem Sieg über Hitlerdeutschland und Japan wurde die europäische Nachkriegsordnung von den Alliierten in Teheran, Jalta und Potsdam festgelegt. Selbst im Kalten Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt blieb die europäische Landkarte bis 1989 fixiert. Danach kam es zu Veränderungen von Grenzen in Mittel- und Südosteuropa, was Bundeskanzler Scholz in seiner theatralischen Reaktion auf den russischen Angriffskrieg vergessen hat.

Rückblick auf den anti-imperialistischen Trikont

Anders in Asien, wo nationale und kommunistische Befreiungsbewegungen in langandauernden Unabhängigkeitskämpfen und Befreiungskriegen gegen die Kolonialmächte ihre Souveränität nach 1945 durchsetzten; so in den Philippinen, Indien/Pakistan, China, Indonesien, Korea und Indochina. Ein antiimperialistischer Höhepunkt war 1955 die Bandung Konferenz in Indonesien: Es war die erste Weltkonferenz farbiger Völker ohne Europäer und ohne Nordamerikaner, auch ohne Vertreter der Sowjetunion. Mehr als 1.000 Repräsentanten von 29 unabhängigen Staaten und 30 Befreiungsbewegungen berieten über ein Ende kolonialer Ausbeutung und eine friedliche Kooperation blockfreier Nationen. In chinesischer Diktion war dies der Befreiungskampf der Weltdörfer der 3. Welt gegen die imperialistischen Metropolen.

Die Entkolonialisierung Afrikas folgte und zog sich hin über die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts. Revolutionäre Bewegungen der Schwarzen in Nordamerika wurden dadurch vielfältig inspiriert. Auch für die rebellierende Jugend der 68er in Europa waren die Freiheitskämpfer der Trikontinente (Afrika, Asien, Lateinamerika) eine Quelle für ihren Aufstand gegen die Nazi-Väter und Großväter. – Fidel Castro, Ché Guevara, Frantz Fanon, Angela Davies, Black Panther Party, Salvador Allende, ja auch Mao, Ho Chi Minh, Robert Mugabe und Nelson Mandela waren unsere revolutionären Idole. Ich erinnere mich an den letzten Auftritt von Rudi Dutschke in der Stadthalle Bremen, als die Bremer Grüne Liste mit finanzieller Hilfe von Gaddafi in den Wahlkampf ging und das Grüne Buch mit Worten ihres Geldgebers auslegte.

Alles Schnee von gestern in der neuen Weltordnung? „Die Welt hat sich weitergedreht.“ (Spehr, S. 14) Folgt man Spehr, so ist in seiner Moderne der Trikont zu ersetzen durch eine Trias aus globalen TNCs, NGOs und WTO/IMF. Für mich liest sich das wie eine Verschwörungstheorie, in der Elon Musk, Bill Gates und Christine Lagarde im Verbund mit Ursula von der Leyen den Ton angeben. Ist das eigentlich noch ein Beitrag zur politischen Orientierung einer linken Partei oder eher das Rohkonzept für die Denkschrift eines Thinktanks für moderne Liberale?

Neue globale Akteure (WEF / Schwab: Great Reset?)

Spehr tut Krämers „anti-westliche Lagerbildung auf einem wie immer gearteten fortschrittlichen Nenner“ (Spehr, S. 14) als Hirngespinnst ab, dem jede Grundlage in der Welt von heute fehle. Nach seiner Lesart sind es drei neue globale Akteure, die grenzüberschreitend Nationalstaaten und den Primat staatlicher Politik ausmanövrieren:

1. Multi- bzw. Transnationale Konzerne (TNCs)
2. NGOs als Organisationen (mächtiger Geldgeber) einer global vernetzten Zivilgesellschaft
3. Überstaatliche Institutionen (WTO, Weltbank, IMF, EU, Mercosur, OAU etc.)

Nicht benannt werden politische und militärische Bündnisse, wie NATO und SCO, G7 und G20. Wenn politische Repräsentanten der Nationalstaaten kaum mehr imstande sein sollten, ihre Gesetzgebung gegen die TNCs durchzusetzen, dann ist die Demokratie der Bevölkerungsmehrheit entkernt und entmachtet. Dieser Befund würde tatsächlich für ein Herrschaftsmodell nach chinesischem Muster sprechen, in dem Partei und Regierung Dominanz ausüben über Wirtschaftsgiganten und Milliardäre. Entsprechendes gilt für die Entwicklung bzw. Sanierung materieller Produktionsvoraussetzungen durch die Staaten, wie Bildung, Infrastruktur, Forschung, Fachkräfteversorgung und politische Stabilität. Also doch ein Systemwettbewerb, auch in der Daseinsvorsorge. Hier ist nicht der Platz, um sich mit dem westlichen Narrativ bzgl. der chinesischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Dort gibt es aber nicht nur eine staatlich gesteuerte Umweltpolitik; das Ziel einer Klimaneutralität bis 2060 ist allemal sehr ambitioniert.

Ganz verschwommen, wie aus der Kristallkugel, lesen sich Spehrs Visionen eines transnationalen „historischen Blocks“ progressiver „Fraktionen von Arbeiterschaft, Kapital, Staat und Zivilgesellschaft“, der „die Aufgabe annimmt, die notwendigen und unabwendbaren Umbrüche zu gestalten und die Widersprüche nach vorne zu lösen.“ (Spehr, S. 11) Der Begriff „blocco storico“ wurde von Gramsci benutzt, allerdings ausgehend von der Situation einer politisch-kulturellen Hegemonie der Arbeiterklasse. Bei Spehr scheint es eher auf eine linksliberale „Querfront“, also das Bremer Koalitionsmodell, hinauszulaufen. Aber selbst im Klein-Klein bremsischer Politik hat diese Koalition das Engagement einer zivilgesellschaftlichen Initiative für die Erhaltung der Platanen am Weserdeich hinterhältig ausgebremst.

Quo vadis? Wohin geht die Populäre Linke?

Spehr verwirft das Bild einer Lohnarbeiterklasse mit dem Potenzial einer handelnden Bewegung in den westlichen Industriestaaten als illusionäres Wunschbild. Das ist für eine linke Partei von Sozialisten mehr als traurig. Seine Beschreibung ist nicht ganz von der Hand zu weisen; die Fragmentierung der Lohnabhängigen ist groß als Ergebnis des über 30 Jahre vorherrschenden Neoliberalismus. Darin entdecke ich aber wieder den Laborblick des Soziologen von oben, während Krämer auch als Gewerkschafter daran arbeitet, die Klassensolidarität herzustellen. Letzteres ist Theorie und Praxis von unten, wo der Umgangston schon mal rauer ist. Zu rau für die neuen Milieus? Abschließend zieht der Bremer Ko-Landessprecher der Partei Die Linke ein positives Fazit der Entwicklung seiner Partei in der aktuellen Krise: „Für das Ausrufen der Grünen zum Hauptfeind der Arbeiterbewegung gibt es in der Partei keine Mehrheiten mehr. Das ist vernünftig und fortschrittlich.“ (Spehr, S. 11) Das richtet sich gegen Sahra Wagenknecht, Teile der Linksfraktion im Bundestag und gegen die gewerkschaftliche Parteiströmung der Sozialistischen Linke (SL), inkl. Bundessprecherrat Ralf Krämer. Dieser hat im Oktober fast unbemerkt seinen Austritt erklärt aus der Partei, die er selbst einmal mitgegründet hat. Damit folgt er dem ersten Parteivorsitzenden Oskar Lafontaine. Gegen den früheren MdB Diether Dehm läuft derzeit ein Ausschlussverfahren, unterstützt vom Parteivorstand. Zu welchen neuen Ufern strebt nun die mutmaßliche Minderheit in der PDL, die sich gegen den heißen, aber auch den kalten (Wirtschafts-) Krieg aufstellt? Sympathy for the Devil? Nope!

Korrektur von Desinformation

In dem langen Aufsatz von Spehr fällt am Ende eine Desinformation auf: So ordnet er Indonesien statt Indien der BRICS-Gruppe zu und diagnostiziert eine Spaltung zwischen Russland, China, Südafrika einerseits und Indonesien(!) sowie Brasilien andererseits bei einer Abstimmung in der UN zur Verurteilung Russlands am 12.10.22. Tatsächlich hat Indien sich auch enthalten. Nach der Abwahl des brasilianischen Ex-Präsidenten Bolsonaro, dessen Regime Spehr „die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Handlungsmöglichkeiten“ (Spehr, S. 13) positiv bescheinigt, ist zu erwarten, dass der linke Präsident Lula sein Land wieder fest an die Seite des globalen Südens führt und sich von der Trump'schen Politik seines Vorgängers absetzt.

* Ralf Krämer, Zum globalen Kapitalismus und zur Bedeutung der Linken, 26.04.2022, <https://www.links-bewegt.de/de/article/541.zum-globalen-kapitalismus-und-zur-bedeutung-der-linken.html>

Christoph Spehr, Wahl der Seiten – Ukrainekrieg und innerlinker Konflikt vor dem Hintergrund der globalen kapitalistischen Entwicklung, 07.11.2022, <https://www.links-bewegt.de/de/article/637.wahl-der-seiten.html>

7. Oskar Lafontaine's neuestes Buch – Weihnachtslektüre

Oskar Lafontaine: Ami, it's time to go - Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas

<https://www.westendverlag.de/buch/spiel-mit-dem-feuer/>



8. Zusammenfassung des Webinars von „frieden-links“ am 16.11.2022

Das kürzliche Webinar der Initiative frieden-links mit dem Titel "Debattenkultur und politische Abgrenzungen in der Friedensbewegung" fand Zuspruch. Mithilfe des internen Video-Mitschnitts, des Chat und der vorliegenden Texte wurde eine schriftliche Zusammenfassung erstellt, die zusammen mit weiteren Materialien jetzt abrufbar ist unter <https://frieden-links.de/materialien-abgrenzungsdebatten/>. Bereits bei der Ankündigung und auch in der Diskussion wurde die Behandlung dieser Thematik als notwendig und überfällig bezeichnet. Dieses Webinar war Auftakt einer weiteren Debatte.

9. Das Bremer Friedensforum und aufstehen Bremen luden ein zur Vorführung des Dokumentarfilms "Ithaka | A father. A family. A fight for justice." am Dienstag, 6. Dezember im Cinema im Ostertor. Nach dem Film über den Kampf um die Freilassung von Julian Assange fand ein Publikumsgespräch mit Niels Ladefoged (Regisseur, Journalist und preisgekrönter Dokumentarfilmer) sowie Craig (Murray, Journalist, Historiker, Blogger und Menschenrechtsaktivist) statt.

Zum Hintergrund des Films:



Der Dokumentarfilm, der auch in weiteren Städten gezeigt wird, zeigt, wie weit die reichsten und mächtigsten Nationen in der Geschichte der Welt gehen, um ihre Verbrechen zu verbergen. Es trifft den Kern dessen, wie die Pressefreiheit und der investigative Journalismus vor unseren Augen abgebaut werden. Ithaka behandelt den Kampf um Julian Assange, einen Mann, der mit seiner Vorstellung von Gerechtigkeit die Organisation WikiLeaks gründete, um Whistleblowern eine sichere Plattform zu bieten Verbrechen von Regierungen öffentlich zu machen. Die von WikiLeaks veröffentlichten Informationen haben unzählige Missstände ans Licht gebracht, darunter Kriegsverbrechen, Korruption und Umweltskandale. Für diese revolutionäre journalistische Arbeit wurde Julian Assange gefeiert und mit Preisen überhäuft, doch ist es genau dieser Journalismus für den die USA seine Auslieferung fordern. Da Julian Assange im Falle einer Auslieferung an die USA eine 175-jährige Haftstrafe droht, sehen sich seine Familienangehörigen mit der Aussicht konfrontiert, ihn für immer an den Abgrund des US-Justizsystems zu verlieren. Dieser Kampf zwischen David und Goliath ist eine persönliche Angelegenheit – und da sich Julians Gesundheitszustand im Londoner Hochsicherheitsgefängnis stetig verschlechtert, tickt die Uhr. Sehr eindrücklich und sensibel portraitiert dieser Film einen unermüdlichen Vater bei seinem internationalen Kampf um das Leben seines Sohnes und eine Ehefrau, die um den Vater ihrer Kinder kämpft. Wir dürfen nicht wegschauen, denn dieser gefährliche Präzedenzfall betrifft uns alle."



Stella Assange wuchs im südlichen Afrika auf, bevor sie für ihr Studium nach Schweden, Spanien und dann ins Vereinigte Königreich zog, wo sie Politik und Recht (SOAS, Oxford) studierte. Sie lernte Julian Assange 2011 in London kennen, als sie seinem internationalen Anwaltsteam beitrug. Sie

haben zwei gemeinsame Kinder (geboren 2017 und 2019). Stella und Julian heirateten im März 2022 im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh im Südosten von London. Begleitet wird Stella Assange von Niels Ladefoged, Journalist und preisgekrönter Dokumentarfilmer. Er führt Regie und produziert zum Nachdenken anregende, unabhängige Dokumentarfilme und auch Videojournalismus, für eine Reihe von Medien. Kürzlich hat er als Cinematographer an dem Dokumentarfilm "Ithaka" mitgewirkt. UND von Craig Murray, Journalist, Historiker, Blogger und Menschenrechtsaktivist. Er war von 2002 bis 2004 britischer Botschafter in Usbekistan, bis er als Whistleblower die Anwendung von Folter aufgedeckt hatte. Murray gilt als langjähriger Freund von Julian Assange und mit seiner umfangreichen Berichterstattung über Gerichtsverfahren Assanges als einer der wichtigsten Unterstützer.

10. Termine/ Aktionen die von aufstehen Bremen mitgestaltet werden

Mahnwache: Jeden Donnerstag 17 bis 18 Uhr, Mahnwache des Bremer Friedensforums und #aufstehen Bremen zusammen mit weiteren Bündnispartnern. Die Mahnwachen finden im Winter in Unser Lieben Frauen Kirchhof/Ecke Sögestraße statt (bis Ende der dunklen Jahreszeit).

Veranstaltung: Donnerstag 26. Januar 2023 (19:00 bis 21:00) im [Gröpelinger Nachbarschaftshaus Helene Kaisen](#). Der Wirtschaftskrieg gegen Russland und China – Bumerang für unsere Wirtschaft? Mit Karl Krökel (Kreishandwerkerschaft Anhalt Dessau-Roßlau) und Wolfram Elsner (Ökonom und emer. Prof. der Universität Bremen). Eine Kooperation mit dem Bremer Friedensforum u.a.

11. Über #aufstehen und #aufstehen-Bremen



Auf Bundesebene wurde der Vorstand des Trägervereines #aufstehen neu gewählt; er besteht aus Knut Förster, Harri Grünberg, Nastja Liedtke, Christine Meier, Christina Müller. <https://aufstehen.de/web/>

Der Schwerpunkt liegt weiterhin bei den lokalen Gruppen und Initiativen.

Die Koordinierungsgruppe, die AG Wohnen und die AG Frieden in Bremen tagen meist monatlich. Termine werden auf unserer WEB-Seite laufend aktualisiert. - Bleibt uns gewogen, schaut dort vorbei und fühlt Euch eingeladen, mitzumachen bzw. eigene Aktionsgruppen zu gründen zu Themen, die euch „auf den Nägeln brennen“. Es ist dringlicher denn je, den Debattenraum zu weiten, und soziale, ökologische, friedenspolitische und demokratische Basisbewegungen wieder stark zu machen. Wir machen auf jeden Fall weiter!

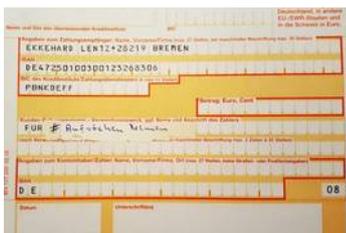
Für unsere Online-Auftritte haben wir kleine Redaktionsgruppen, um unsere Sichtweisen, unsere Veranstaltungen und unsere Aktionen zu veröffentlichen. Wir verfassen eigene Berichte mit Fotos und Videos und verwenden Beiträge von anderen Alternativ-Medien und verlinken zu interessanten WEB-Seiten. Hervorzuheben ist da die Seite des [Bremer Friedensforums](#) und [Nachdenken in Bremen](#).

Wir begrüßen eine lebendige und kontroverse Diskussion und laden Euch ein, interessante Internetlinks zuzusenden, eigene Beiträge bei uns einzureichen und sich auf Social Media in die Debatten aktiv einzubringen, zu „ liken“ und zu „reposten“. Hier noch einmal die LINKS zu

- unserer Homepage: <https://www.aufstehen-bremen.org>
- unserem Facebook-Account: <https://www.facebook.com/groups/aufstehen.bremen>
- unserem Twitter-Account: <https://twitter.com/AufstehenBremen>

Dies ist der 12. Newsletter. Der Newsletter erscheint unregelmäßig. Wer in Zukunft auch die nächsten Nummern erhalten will, muss - wenn noch nicht geschehen - sich über unsere Webseite für den Empfang des Newsletters anmelden. Formular online ausfüllen: <https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/newsletter-neu>.

Natürlich kann der Newsletter unter dem gleichen LINK auch abbestellt werden.



11. Spendenaufruf

Wir bestreiten damit die Kosten für Technik, Raummieten, Flyer, Plakate und Transparente. Ansonsten machen wir dies hier alles ehrenamtlich. Alle sind eingeladen, sich mit kleinen und großen Spendenbeiträgen zu beteiligen, oder noch besser Daueraufträge einzurichten. Im Unterschied zu Parteien oder einflussreichen Think Tanks erhalten wir keinerlei staatliche Unterstützung.

Unser Spendenkonto lautet: **Ekkehard Lentz (Stichwort: aufstehen-Bremen)**
IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06 BIC: PBNKDEFF

Im Auftrag der Koordinierungsgruppe von #aufstehen Bremen, erstellt von:
Ekkehard Lentz, Rodolfo Bohnenberger, Walter Ruffler, Manfred Steglich

Gegen deutsche Waffenlieferungen
NEIN zum Krieg - Raus aus der Nato

www.aufstehen-bremen.org 